



Schwerpunkt

Familie hat Konjunktur

Familien stehen im Mittelpunkt der Politik der Bundesregierung. So sorgen die Konjunkturprogramme auch dafür, dass insbesondere Familien mit geringem Einkommen finanziell unterstützt werden. Aber auch die Rahmenbedingungen müssen stimmen, damit sich Familienleben in unserer Gesellschaft bestmöglich verwirklichen lässt. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben.

Lesen Sie dazu in diesem Magazin:

- ▶ **Es wird sichtbar: "Wir bauen Zukunft"**
- ▶ **Ausbau der Kinderbetreuung auf dem Vormarsch**
- ▶ **Rückenwind für den Wiedereinstieg**
- ▶ **Kinder, Karriere und gleiche Kohle**

Aktuelles:

- ▶ Arzneimittel mit Johanniskraut und Paracetamol seit dem 1. April 2009 rezeptpflichtig [☞](#)
- ▶ Umweltprämie - Jeder Antrag wird bearbeitet [☞](#)
- ▶ Neue Kampagne zur Aids-Prävention [☞](#)

[mehr ▶](#)

Lesetipps:

- ▶ Studienjahr 2008: Noch nie gab es so viele Studienanfänger [☞](#)
- ▶ Mehr Flexibilität für den BMBF-Bildungskredit [☞](#)
- ▶ Europäischer Gerichtshof bestätigt deutsches Unfallversicherungssystem [☞](#)

[mehr ▶](#)



Das Magazin als PDF

Weitere Themen:

Berufsausbildung

Gute Qualifizierung sichert
Zukunft

[mehr ▶](#)

Weiterbildung

Fit für die Zeit nach der
Wirtschaftskrise

[mehr ▶](#)

Mitarbeiterbeteiligung

Beschäftigte am Erfolg der
Unternehmen beteiligen

[mehr ▶](#)

Arbeitsmarkt

Chancen zur
Wiedereingliederung

[mehr ▶](#)

Gute Arbeit

Gute Arbeit wird belohnt

[mehr ▶](#)

Sonnenschutz

Prävention beginnt schon im
Kindesalter

[mehr ▶](#)

Impfschutz

Schutz vor vielen Erkrankungen

[mehr ▶](#)

© 2009 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

- ▶ [Impressum](#)
- ▶ [Abonnieren Sie auch die weiteren Themenmagazine der Bundesregierung](#)

Es wird sichtbar: "Wir bauen Zukunft"

Deutschlandweit werden in den nächsten Wochen Schilder mit dem Slogan "Wir bauen Zukunft" an Baustellen zu sehen sein. Hier wird mit Geld aus dem Bundeshaushalt gebaut. Bürgerinnen und Bürger können dann sehen, wie vielfältig sie vom Konjunkturpaket profitieren. Der Bund gibt den Ländern in den nächsten beiden Jahren 10 Milliarden Euro für Investitionen in Infrastruktur und Bildungsmaßnahmen.

Im Einklang mit der Bevölkerung

Das Konjunkturpaket kommt auch Familien zu Gute. Familienpolitik hat Hochkonjunktur. Deutschland ist es in kurzer Zeit gelungen, den Anschluss an familienpolitisch erfolgreichere Länder zu finden. Auf sie hat die Bundesregierung einen besonderen Förderschwerpunkt gelegt. Insbesondere diejenigen, die geringe Einkommen haben oder von Sozialleistungen abhängig sind, werden unterstützt:

- Das Schulbedarfspaket in Höhe von 100 Euro pro Schuljahr erhalten - ab dem Schuljahr 2009 / 2010 bis zum Abitur - Kinder, deren Familien von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe leben
- Arbeitslosengeld- oder Sozialhilfeempfänger bekommen ab dem 1. Juli monatlich 35 Euro mehr – statt 211 also 246 Euro – für Kinder im Alter von sechs bis 13 Jahren
- Jede Familie erhält einen Kinderbonus von 100 Euro pro Kind, der nicht mit den Sozialleistungen verrechnet wird.

Umweltprämie hilft besonders Familien

Um den Konsum zu beleben und die Wirtschaft zu fördern, wird der Kauf eines neuen Autos unterstützt. Wer sein altes Fahrzeug zum Schrottplatz bringt und sich ein neues Auto oder einen Jahreswagen kauft, wird dafür belohnt. Er erhält eine Umwelt-Prämie in Höhe von 2.500 Euro, auch Abwrackprämie genannt. Auch steuerlich lohnt es sich, einen Neuwagen zu kaufen: Für Autos, die zwischen dem 5. November 2008 und 30. Juni 2009 zum ersten Mal angemeldet werden, muss mindestens ein Jahr lang keine Kfz-Steuer gezahlt werden. Besonders umweltfreundliche Fahrzeuge sind sogar noch länger steuerbefreit. Von der Umweltprämie profitieren auch Familien.

Achtung:

Das Original des Fahrzeugbriefs muss beim zuständigen Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) abgeliefert werden. Das Bafa vernichtet den Fahrzeugbrief. Damit wird verhindert, dass die Umweltprämie in Anspruch genommen und das Auto trotzdem weiterverkauft wird.

Familie gibt Halt

"Familienpolitik ist gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise besonders wichtig", sagt Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen bei der Vorstellung des ersten Familienreports in

Berlin. "Wenn die Zeiten rauer werden, sagen rund Dreiviertel der Menschen: Mein wichtigster Halt ist meine Familie."

Die Bevölkerung gibt der Familienpolitik der Bundesregierung gute Noten. Die Hälfte der Gesamtbevölkerung ist der Meinung, dass sich seit 2005 "die Bedingungen für Familien mit Kinder verbessert" haben (Allensbach Januar 2009).

90 Prozent der Deutschen gaben in einer Eurostat-Befragung an, dass sie mit ihrem Familienleben sehr zufrieden oder zufrieden sind. Damit liegt Deutschland über dem EU-Durchschnitt. Aus Sicht der Expertinnen und Experten wirken die guten Verhältnisse in den Familien weit über die Familien hinaus – stabilisierend in die Gesellschaft hinein.

Familienpolitik ist erfolgreich

Quelle: Allensbach, Januar 2009

Was deutschen Familien gefällt

Familienbezogene Leistungen des Staates festigen die Einkommen und damit die Konsumnachfrage - besonders im unteren Einkommensbereich. So wirken sich neben dem Elterngeld auch der veränderte Kinderzuschlag sowie das verbesserte Kindergeld und Wohngeld finanziell stabilisierend auf die Familieneinkommen aus.

Die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat in vielen Familien zur Folge, dass beide Eltern zum Familieneinkommen beitragen und so die finanziellen Risiken sinken. Der Ausbau der Kinderbetreuung ermöglicht dabei auch denjenigen eine Erwerbstätigkeit, die bislang für ihre Kinder auf ALG II-Leistungen angewiesen waren.

Detailliert werden im Familienreport folgende Neuerungen als besonders wirksam eingeschätzt:

- Erweiterter Kinderzuschlag: Seit 1. Oktober 2008 sind weitere 150.000 Kinder von staatlichen Hilfen unabhängig.
- Verbessertes Kindergeld mit Staffelung nach Anzahl der Geschwister: Seit 1. Januar 2009 investiert der Staat 1,8 Milliarden Euro mehr für die Familien. Dadurch wird auch die Gefahr der Verarmung für alle Familien gesenkt. Eine Familie mit drei Kindern erhält 432 Euro mehr im Jahr.
- Ausbau Kinderbetreuung: Der beschleunigte Ausbau der Kinderbetreuung wirkt sich unmittelbar auf die Erwerbs- und Einkommensmöglichkeiten der Familien aus.
- Familienunterstützende Dienstleistungen: Die verbesserte steuerliche Absetzbarkeit seit Oktober schafft zusätzliche Nachfrage.
- Elterngeld: Der Elterngeld-Bericht von Oktober 2008 belegt, dass Familien finanziell stabilisiert werden und sich die Beteiligung der Väter erhöht.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln hat ermittelt: In Deutschland verbesserten sich seit 2005 die familienpolitischen Leistungen stark, am stärksten von 19 untersuchten europäischen Ländern.

Kontext

Konjunkturpakete der Bundesregierung
Magazin ImFokus
Informationen des Bundesfinanzministeriums

Ausbau der Kinderbetreuung auf dem Vormarsch

Viele Familien kennen das aus eigener Erfahrung: Die erste Zeit bleibt ein Elternteil – meist die Mutter – zu Hause, um sich ganz den Sprösslingen zu widmen. Dann aber wollen oder müssen in vielen Familien beide Elternteile wieder arbeiten. Wohin mit dem Kind? Bislang fehlte es häufig an Betreuungsplätzen. Dies ändert sich gerade. Bund, Länder und Kommunen verständigten sich 2007 darauf, bis zum Jahr 2013 für 35 Prozent der unter Dreijährigen Betreuungsplätze in Kitas oder in der Kindertagespflege zu schaffen. Nun liegen neueste Zahlen über den Stand des Ausbaus vor, und es geht voran!

Besondere Bedeutung von Familienbetreuung

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10023

Die Mehrheit der Bevölkerung ist der Meinung, dass insbesondere die Kinderbetreuung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert:

Familienmonitor 2008

Anzahl der Betreuungsplätze steigt

Der jüngste Bericht über den Ausbau der Kindertagespflege zeigt: Es gibt mehr Betreuungsangebote für unter Dreijährige als in den vergangenen Jahren, allerdings noch nicht genug. So wurden im März 2008 insgesamt 364.190 Kinder unter drei Jahren, knapp 18 Prozent, in einer Kita oder von einer Tagesmutter betreut. Im Vergleich zu 2007 ist das ein Zuwachs von 43.000 (2,3 Prozent). Damit wurden seit 2005 rund 153.000 zusätzliche Plätze für unter Dreijährige geschaffen.

In den westlichen Bundesländern wird jedes 8. Kind (12,2 Prozent) tagsüber außer Haus betreut. In den östlichen Bundesländern ist es knapp die Hälfte der unter Dreijährigen (42,4 Prozent).

Um die bundesweit bis 2013 angestrebte Quote von 35 Prozent zu erreichen, muss das Angebot in den westlichen Bundesländern aber noch deutlich steigen, um 23 Prozent.

Die neuesten Zahlen aus diesem Jahr zeigen allerdings: Die Länder rufen die vom Bund bereitgestellten Mittel zum Ausbau der Kinderbetreuung zügiger ab als noch 2008.

Obwohl es sich um eine Pflichtaufgabe der Kommunen handelt, beteiligt sich der Bund an den Ausbaurkosten zu einem Drittel: Bis 2013 fließen insgesamt vier Milliarden Euro in den Ausbau der Kindertagesbetreuung: 2,15 Milliarden für Investitionen und 1,85 Milliarden für Betriebskosten. Ab 2014 beteiligt sich der Bund mit jährlich 700 Millionen Euro.

Tagesmütter erhalten bessere Qualifikation

Die Bundesregierung möchte ein vielfältiges Betreuungsangebot und setzt deshalb auch auf die **Kindertagespflege**. Ein Drittel der neuen Betreuungsplätze soll in diesem Bereich entstehen. Auch

hier ist die Zahl der Kinder, die durch Tagesmütter oder Tagesväter betreut werden, bereits deutlich gestiegen (2006: 33.000 Kinder; 2008: 51.000 Kinder).

Laut Familienministerin Ursula von der Leyen stellt die Ausbildung der Tagesmütter bislang "die Achillesferse" der Tagesbetreuung dar, da die Anforderungen noch sehr unterschiedlich sind. Aus diesem Grund führen Bund und Länder gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) ein Gütesiegel für die Ausbildungsträger von Tagesmüttern und Tagesvätern ein. Damit werden bundesweit einheitliche Standards bei der Qualifikation der Tagespflegekräfte garantiert. Ziel des "**Aktionsprogramms Kindertagespflege**" ist: Tagesmütter und -väter nach dem fachlich anerkannten 160-stündigen Curriculum des Deutschen Jugendinstituts (DJI) oder vergleichbarer Lehrpläne zu qualifizieren.

Schritte zum Ausbau der Kindertagesbetreuung

In einem ersten Schritt trat am 1. Januar 2005 das **Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG)** in Kraft. Es verpflichtet die Kommunen, bis 2010 bundesweit 230.000 zusätzliche Plätze in der Kindertagesbetreuung vor allem in Westdeutschland zu schaffen, um den örtlichen Bedarf zu decken.

Bund, Länder und Kommunen haben 2007 in einem zweiten Schritt beschlossen, **bis 2013** Betreuungsangebote für 35 Prozent der unter Dreijährigen bereitzustellen. Ferner einigten sie sich auf die Einführung eines **Rechtsanspruches** auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr. Dieser gilt ab dem 1. August 2013.

Noch mehr Kinder als bisher erhalten somit ein Angebot auf frühe Förderung. Profitieren werden insbesondere Kinder, die eine Betreuung für ihre persönliche Entwicklung besonders brauchen. Zudem sollen nicht nur berufstätige Eltern einen gesicherten Betreuungsplatz bekommen, sondern auch schon diejenigen, die Arbeit suchen.



Kontext

Informationen des Familienministeriums zum Gütesiegel für Tagesmütter
Aktionsprogramm Kindertagespflege
Internetportal rund um das Thema Kindertagesbetreuung
Zahlen und Statistiken zum Ausbau der Kindertagesbetreuung

Rückenwind für den Wiedereinstieg

Viele Frauen unterbrechen über Jahre ihre Berufstätigkeit, um für ihre Kinder und die Familie da zu sein. Wenn sie dann wieder arbeiten wollen, kommt es nicht selten zu erheblichen Problemen. Mal ist die Kinderbetreuung nicht ausreichend gesichert, mal sind die Arbeitszeitregelungen zu starr. Auch mangelnde Kontakte in die Arbeitswelt oder fehlende Fachkenntnisse machen die Rückkehr nicht unbedingt leichter.

Die Initiative "**Perspektive Wiedereinstieg**" des Bundesfamilienministeriums und der Bundesagentur für Arbeit (BA) unterstützt Frauen bei ihrem Weg zurück in die Arbeitswelt. Das Programm wird drei Jahre lang mit 30 Millionen Euro gefördert. 14 Millionen Euro kommen aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds, der Rest von der BA sowie von Trägern und Kommunen.

Das Programm fördert die enge Kooperation von Arbeitsagenturen, Arbeitgebern und Fortbildungseinrichtungen. Die Frauen werden individuell auf ihrem Weg begleitet und auch die Partner und Familien der Frauen werden einbezogen.

Repräsentative Umfragen zeigen, dass 80 Prozent der nicht erwerbstätigen Frauen in Deutschland spätestens dann in das Berufsleben zurückkehren wollen, wenn die Kinder größer sind. Dennoch sind nur acht Prozent arbeitsuchend gemeldet, da sich diese Frauen meist nicht als arbeitslos betrachten. Oft fehlen Angebote und Strukturen, die den Frauen Unterstützung auf dem Weg zurück ins Erwerbsleben bieten. Viele Frauen geben deshalb schon bei der Suche oder auch in den ersten Monaten im neuen Job wieder auf.

Viele Frauen haben qualifizierte Abschlüsse zu bieten

"Auch in der Wirtschaftskrise suchen Unternehmen hoch motivierte und gut ausgebildete Fachkräfte", betont Familienministerin von der Leyen. "Die meisten Wiedereinsteigerinnen verfügen über qualifizierte Abschlüsse und bringen neben hoher Einsatzbereitschaft jene sozialen Kompetenzen mit, die gerade in schwierigen Unternehmensphasen Gold wert sind. Mit der Initiative "Perspektive Wiedereinstieg" wollen wir Frauen, die Chancen suchen, und Unternehmen, die Chancen bieten, zusammenbringen."

Programm steht auf drei Säulen

1. Beschäftigungspolitisches Modellprogramm

Das Modellprogramm soll praxisorientierte und effektive Formen des beruflichen Wiedereinstiegs entwickeln und ausprobieren. Dafür wurden 17 Modellprojekte ausgewählt, die die Frauen bei ihrem Weg mit Rat und Tat begleiten werden. Konzepte, die sich bewähren, sollen nach der Erprobungsphase von der BA übernommen und bundesweit angewendet werden.

2. Internetportal mit Lotsenfunktion

Das Internetportal www.perspektive-wiedereinstieg.de weist interessierten Frauen zielsicher den Weg durch die vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsangebote von Bund, Ländern und Kommunen. Hier werden die häufigsten Fragen zum Wiedereinstieg beantwortet und Unterstützung für die verschiedenen Phasen des Wiedereinstiegsprozesses angeboten. Neben entsprechenden Informationen gibt es konkrete Hinweise auf Beratungsmöglichkeiten vor Ort beziehungsweise in

der Region. Ermutigende Beispiele von Frauen, die den Wiedereinstieg bereits erfolgreich geschafft haben, gehören ebenfalls zum Angebot.

3. Service vor Ort

Auf lokaler Ebene werden Kommunen und bereits bestehende Verbände, Vereine und Initiativen, die den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen fördern, unterstützt. So fördert das Bundesfamilienministerium beispielsweise Infotage zum Thema beruflicher Wiedereinstieg bei den Infobörsen für Frauen. (www.infoboersen-fuer-frauen.de/wiedereinstieg)

Das Aktionsprogramm "Perspektive Wiedereinstieg" ist Kernelement einer modernen Gleichstellungspolitik und ein zentraler Baustein, um die bestehenden Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern zu überwinden. Zusammen mit dem Elterngeld mit seinen Partnermonaten und dem Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige wird Frauen so die Möglichkeit gegeben, im Job wieder durchzustarten. Zugleich ergibt sich für die Familien die Chance zu begreifen, dass Zeit für Kinder zu einem gemeinsamen Thema von Männern und Frauen werden muss.

Ob und wie schnell Frauen nach einer Pause im Job wieder in den Beruf zurückkehren, hängt stark von ihrem zuletzt ausgeübten Beruf ab. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) im Auftrag des Bundesfamilienministeriums. Ausschlaggebend für die Dauer der Unterbrechung sind danach in erster Linie die Arbeitsbedingungen und Anforderungen des Berufes, aber auch die Möglichkeiten, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Leichter fällt die Rückkehr vor allem jenen Frauen, die in Jobs arbeiten, in denen sie zeitlich flexibel ihre Arbeit erledigen können. Solche Arbeiten werden oft besser bezahlt und ermöglichen Frauen, die Kindererziehung mit dem Partner zu teilen.



Kontext

Informationen zum Programm "Perspektive Wiedereinstieg"
Studie des WZB zu den Gründen für die Dauer des Berufsausstiegs
Studie nennt Gründe für Dauer von Erwerbsunterbrechungen

Kinder, Karriere und gleiche Kohle

Den Internationalen Frauentag Anfang März nutzen Frauen weltweit um auf noch bestehende Herausforderung und Defizite in der Gleichstellung hinzuweisen. Seit 1911 wird der Weltfrauentag begangen, der auf die Initiative der deutschen Sozialistin Clara Zetkin zurückgeht. Er entstand im Kampf um Gleichberechtigung und Wahlrecht für Frauen.

Eine Menge hat sich seitdem positiv verändert, doch auch gegenwärtig sind die Lebensbedingungen zu vieler Frauen von Missständen, Diskriminierung und Gewalt geprägt. Die Verbesserung der Lebensverhältnisse und Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen sind wichtige gesellschaftliche Aufgaben und gehören deshalb zu den vorrangigen Zielen der Bundesregierung.

Drei Säulen der Gleichstellungspolitik

Anlässlich des Internationalen Frauentags stellte Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen in diesem Jahr im Bundestag die Empfehlungen des CEDAW-Ausschusses der Vereinten Nationen vor. Im Februar hatte die Bundesministerin vor dem Ausschuss in Genf über die Gleichstellungspolitik der Bundesregierung berichtet.

Das "Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau", abgekürzt CEDAW (englisch: Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women) ist ein internationales Abkommen der Vereinten Nationen zu Frauenrechten. Es wurde 1979 verfasst und inzwischen von mehr als 180 Staaten unterzeichnet.

Die Gleichstellungspolitik der Bundesregierung stützt sich im Wesentlichen auf drei Säulen: Chancengleichheit im Erwerbsleben, die Überwindung von Rollenstereotypen, Schutz vor Gewalt und Hilfe in Notlagen. Im Bereich des Arbeitsmarkts werden Frauen nachhaltig und zukunftsorientiert unterstützt. Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sollen verringert werden. Diese Ziele verfolgt das Bundesfamilienministerium mit freiwilligen Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden.

Außerdem will das Bundesfamilienministerium Rollenbilder erweitern und Männern neue Perspektiven eröffnen. Statt Ernährer sollen sie auch Erzieher sein und bei der Betreuung alter oder pflegebedürftiger Familienmitglieder mithelfen.

Da Gleichberechtigung die Gewissheit voraussetzt, ohne Angst vor Gewalt leben zu können, macht sich die Bundesregierung für Frauen in Notlagen stark. Speziell bei Schwangerschaftskonflikten, aber auch häuslicher Gewalt, Zwangsheirat und Zwangsprostitution bietet die Bundesregierung Beratung und Hilfe.

CEDAW erkennt Fortschritte an

Der CEDAW-Ausschuss lobte an der Familienpolitik der Bundesregierung ausdrücklich das Elterngeld mit den Partnermonaten: Mittlerweile hat sich die Väter-Quote von vier Prozent vervierfacht. Dass immer mehr Väter die Elternzeit in Anspruch nehmen, ist ein klares Indiz für eine gleichgewichtigere Aufgabenverteilung in Familie und Beruf zwischen den Geschlechtern.

Erfreulich entwickelt hat sich die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt: Die Erwerbstätigenquote der Frauen hat 2007 mit 64 Prozent das Lissabon-Ziel von 60 Prozent deutlich überschritten.

Auch den zweiten Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen begrüßte CEDAW. Der Schwerpunkt dieser Initiative liegt auf Schutzmaßnahmen für Migrantinnen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind, und auf Frauen mit Behinderungen.

"Das alles ist Bestätigung und Ansporn, aber es gibt immer noch Bereiche in denen viel zu tun ist", stellte die Bundesministerin fest.

Immer noch klaffende Lohnlücke

Armut betrifft vor allem Frauen. Sie verdienen für dieselbe Arbeit im Durchschnitt ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen. Im europaweiten Vergleich der Einkommensverteilung zwischen den Geschlechtern belegt Deutschland den siebtletzten Platz, auch die Zahl der weiblichen Führungskräfte ist stark ausbaufähig. Die attestierte Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt bezeichnete von der Leyen als "inakzeptabel".

"Einige Ursachen für die Lohnlücke sind allerdings für die Politik nur schwer zugänglich", sagte die Ministerin. Deshalb seien Arbeitgeber und Gewerkschaften gefordert, vor allem in typischen Frauenbranchen wie Altenpflege und Kinderbetreuung auf faire Tarifverträge zu achten. Es gebe, so die Bundesfamilienministerin, "keinen plausiblen Grund, dass Frauen schlechter bezahlt werden".

Verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht

Um die Gleichstellung der Frauen zu erreichen, hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bereits wichtige Maßnahmen ergriffen: Neben Elterngeld und Ausbau der Kinderbetreuung soll auch das kürzlich gestartete Aktionsprogramm "Perspektive Wiedereinstieg" dazu beitragen, die Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen zu überwinden. Mit "Perspektive Wiedereinstieg" werden Frauen unterstützt, die nach längerer familienbedingter Pause zurück in den Beruf wollen.

In seinen abschließenden Empfehlungen würdigte der CEDAW-Ausschuss den hohen Frauenanteil in der Bundespolitik: Allein im Kabinett ist der Anteil von Frauen mit einer Kanzlerin und sechs Bundesministerinnen sehr hoch. Die Bundesregierung trägt darüber hinaus mit der neuen **Kampagne Frauen macht Kommune** aktiv dazu bei, dass sich mehr Frauen in der Kommunalpolitik engagieren.



Kontext

Die Gleichstellungspolitik der Bundesregierung
Aktionsprogramm "Perspektive Wiedereinstieg"
Kampagne für mehr frischen, weiblichen Wind in der Kommunalpolitik
CEDAW: Gleichstellung in Deutschland auf gutem Weg

Bewirb Dich jetzt - es eilt!

Die 17-jährige Anruferin bei der Ratgeber-Telefonaktion der Märkischen Allgemeinen Zeitung geht in die 11. Klasse eines Potsdamer Gymnasiums. "Wer kann mir bei der Entscheidung helfen, ob ich nach der Schule eine Berufsausbildung oder ein Studium beginnen sollte?" fragt sie Jürgen Fabianska, Berufsberater bei der Arbeitsagentur Potsdam.

Seit vielen Jahren organisiert das Bundespresseamt zusammen mit den Redaktionen zahlreicher regionaler und in Deutschland erscheinender fremdsprachiger Medien solche Aktionen. Die wichtigsten Fragen und Antworten:

Wohin sollte ich mich als Schüler zuerst wenden?

Der erste Weg sollte Sie stets zur Berufsberatung Ihrer regionalen Agentur für Arbeit führen. In einem ausführlichen Beratungsgespräch wird dann überlegt, welcher Berufsweg am besten zu Ihren Neigungen und Fähigkeiten passt. Dabei werden auch die Chancen auf einen Ausbildungs- oder Studienplatz erörtert, was ja nicht zuletzt von den schulischen Leistungen abhängt.

Habe ich angesichts der Konjunkturkrise überhaupt eine Chance auf einen Ausbildungsplatz?

Die Auswirkung der Krise auf den Ausbildungsmarkt ist im Moment schwer einzuschätzen. Umso wichtiger ist es aber, sich frühzeitig bei vielen Betrieben und auch für verschiedene Berufe zu bewerben. Die Wirtschaft ist optimistisch, dass ausreichend viele Stellen zur Verfügung stehen werden. Der deutliche Rückgang der Schulabgängerzahl dürfte zu einer Entspannung des Ausbildungsmarkts beitragen.

Wann muss ich mich um einen Ausbildungsplatz bewerben?

Das ist unterschiedlich. Großbetriebe, Banken und der öffentliche Dienst erwarten schriftliche Bewerbungen bereits zum Beginn des letzten Schuljahres, also ein Jahr vor Ausbildungsbeginn. Kleinere Betriebe vor allem im Handwerk entscheiden dagegen oftmals erst kurz vor Beginn des Ausbildungsjahres, ob sie eine Lehrstelle anbieten. Trotzdem sollte man auch hier bereits einige Monate vor Ausbildungsbeginn anfragen.

Wie erfahre ich, welche Betriebe Ausbildungsstellen anbieten?

Auch hier ist die Berufsberatung erster Ansprechpartner. Darüber hinaus können Sie sich an Ihre regionale Industrie- und Handelskammer oder Handwerkskammer wenden. Diese wissen, welche Betriebe in der Region noch Auszubildende suchen. Darüber hinaus gibt es verschiedene Ausbildungsplatzbörsen im Internet.

Wie bewerbe ich mich um einen Ausbildungsplatz?

Wenn eine Stelle ausgeschrieben wird, steht meist auch dabei, wie man sich bewerben muss. Die meisten Betriebe erwarten eine schriftliche Bewerbung, manche heute auch schon per E-Mail.

Bei kleineren Betrieben sollten Sie am besten vorher telefonisch fragen, ob Sie sich persönlich mit ihren Bewerbungsunterlagen vorstellen können. So können sich die Betriebsinhaber selbst ein

erstes Bild von Ihnen machen. An Ort und Stelle sollten Sie anbieten, ein kurzes Praktikum im Betrieb zu machen. Damit können Sie Ihr Interesse für den Beruf und das Unternehmen, Ihre Leistungsfähigkeit, Ihre Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit unter Beweis stellen.

Wie sollte meine schriftliche Bewerbung aussehen?

Vor allem sauber, ordentlich und ohne Rechtschreib- oder Grammatikfehler. Sie besteht aus einem Bewerbungsschreiben, Foto, Lebenslauf und Zeugniskopien. Die Arbeitsagenturen, aber auch viele andere Stellen, bieten kostenloses Informationsmaterial mit Musterschreiben an. Es hängt aber sehr vom Beruf ab, ob Sie ein Standardschreiben schicken oder sich etwas Originelles ausdenken sollten.

Was ist beim Vorstellungsgespräch zu beachten?

Wichtig ist, dass Sie angemessen ordentlich gekleidet zum Vorstellungsgespräch erscheinen. Bei einem Handwerksberuf wird kein Anzug erwartet, bei einer Bank schon. Sie sollten über den Beruf und Betrieb gut informiert sein. Sie müssen mit Fragen rechnen, warum Sie den Beruf erlernen wollen und was Sie von der Ausbildung erwarten. Sie werden auch oft über Ihre Freizeitaktivitäten befragt und danach, warum Sie sich für geeignet halten.

Was muss ich tun, wenn es mit meinem Wunschberuf nicht klappt?

Bei manchen Berufen ist die Nachfrage ganz besonders hoch, beispielsweise bei Kfz-Berufen. Sie sollten sich daher von vorneherein Alternativen überlegen und sich parallel bewerben. Wenn Sie dann mehrere Angebote zur Auswahl haben, können Sie das attraktivste annehmen. Selbst wenn Sie bereits einen Ausbildungsvertrag unterschrieben haben, können Sie ihn wieder kündigen. Sie sollten dies aber dem Betrieb rechtzeitig mitteilen, damit ein anderer Jugendlicher eine Chance auf die Stelle bekommt.

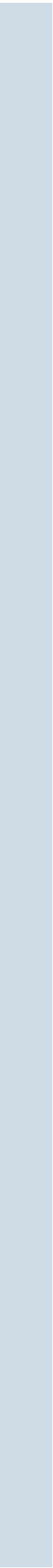
Was kann ich machen, wenn es gar nicht mit einer Ausbildungsstelle klappt?

Zunächst einmal: nicht aufgeben. Ausbildungsverträge werden noch bis zum Jahresende, mitunter sogar darüber hinaus geschlossen. In Nachvermittlungsaktionen erhält jede und jeder Ausbildungssuchende noch Angebote, vorausgesetzt sie oder er ist bei der Arbeitsagentur als ausbildungssuchend gemeldet. Zu den Angeboten gehören neben Ausbildungsstellen auch die so genannten Einstiegsqualifizierungen. Das sind betriebliche Praktika, die auf die Ausbildung vorbereiten und häufig unmittelbar in einen Ausbildungsplatz überleiten. Auch bieten die Arbeitsagenturen berufsvorbereitende Maßnahmen an, in denen sich mitunter auch ein Schulabschluss nachholen lässt.



Kontext

Jobbörse, Anschriften von Ausbildungsbetrieben und freie Ausbildungsstellen (überregional)
Bundesweite Lehrstellenbörsen der Industrie- und Handelskammern (Anschriften von Betrieben und freie Ausbildungsstellen)
Überregionale Lehrstellenbörse aller Handwerkskammern
Hilfen für die Berufsorientierung mit Informationen zu Bewerbung und Auswahltest



Bundesregierung verbessert Bildung und Qualifizierung

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hält Deutschland im Bann. Obwohl Industrie und Handel mit einem Auftragseinbruch kämpfen, werden weiterhin hochqualifizierte Fachkräfte gesucht. Nachdem die Bundesregierung mit den Konjunkturpaketen I und II die Wirtschaft mit mehr als insgesamt 80 Milliarden Euro stimuliert, stellt sich die Frage: Was kommt nach der Krise? Deshalb ist die Qualifikation der Menschen in Deutschland besonders wichtig. Dabei muss zu einer guten Grundbildung die Weiterbildung auf eigene wie betriebliche Initiative kommen. Denn Fachkräftemangel darf nicht zur Bremse des nächsten Konjunkturaufschwungs werden.

Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung

Die Bundesregierung stellt deshalb mit der Qualifizierungsinitiative von 2008 bis 2012 über 4 Milliarden Euro bereit und hat ein ganzes Bündel konkreter Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Weniger junge Menschen sollen ohne Abschluss die Schulen verlassen. Stattdessen sollen mehr studieren. Deshalb wurden BAföG und Meister-BAföG erhöht. Die Bildungsprämie unterstützt jeden Menschen individuell bei seinem Vorhaben, sich fortzubilden.

Die Bundesagentur für Arbeit unterstützt zusätzlich und verstärkt Arbeitgeber bei der Organisation von betrieblichen Fortbildungen. Sie übernimmt für Beschäftigte in Kurzarbeit die Sozialbeiträge, wenn diese an einer Fortbildung teilnehmen. Außerdem weitet sie die allgemeinen Fördermittel für betriebliche Weiterbildung aus.

Wie kann ich meinen Aufstieg zum Meister finanzieren?

Damit Weiterbildung nicht am Geld scheitert, gibt es Meister-BAföG und Aufstiegsstipendien.

Das Ausbildungsförderungsgesetz, das so genannte Meister-BAföG, unterstützt die berufliche Aufstiegsfortbildung von Handwerkern und anderen Fachkräften. Wichtig: Die Anspruchsberechtigten haben darauf einen Rechtsanspruch. Außerdem werden Existenzgründungen durch einen Darlehenserlass gefördert. Der Kreis der Berechtigten beschränkt sich nicht mehr auf den traditionellen Meister und die Erstfortbildung. Vorausgesetzt aber wird der Abschluss einer Erstausbildung oder ein vergleichbarer Berufsabschluss nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung.

Durch das gerade von Bundestag und Bundesrat verabschiedete neue Meister-BAföG wird der Kreis der Anspruchsberechtigten größer. Jetzt wird auch die Weiterqualifikation von Altenpflegekräften sowie Erzieherinnen und Erziehern gefördert. So werden insbesondere im Sozial- und Pflegebereich Anreize gesetzt, die einem Mangel an Fachkräften hier entgegenwirken sollen. Das neue "Meister-BAföG" tritt zum 01.07.2009 in Kraft.

Die monatliche Förderung für einen Alleinstehenden ohne Kind beträgt 675 Euro, davon 229 Euro als Zuschuss. Pro Kind gibt es 210 Euro pro Monat zusätzlich. Die Hälfte davon wird als Zuschuss gezahlt und nicht mehr nur wie bisher als Darlehen gewährt.

Neu sind Aufstiegsstipendien. In Ausbildung und Beruf hoch Motivierte und besonders Talentierte werden gefördert. Die Stipendien geben einen zusätzlichen Anreiz zur Aufnahme eines Studiums und ergänzen die bestehende Begabtenförderung in der beruflichen Bildung und im Hochschulbereich.

Weiterbildung für den Einzelnen

Bereits im letzten Jahr wurde die Bildungsprämie eingeführt. Diese individuelle Förderung besteht aus drei Komponenten: dem Prämiegutschein, dem Weiterbildungssparen und dem Weiterbildungsdarlehen.

Der Prämiegutschein ist ein Zuschuss von bis zu 154 Euro für eine Weiterbildungsmaßnahme – er deckt bis zu 50 Prozent der Weiterbildungskosten ab. Voraussetzung für den Zuschuss sind eine Weiterbildungsberatung und ein Jahreseinkommen von maximal 17.900 Euro beziehungsweise 35.800 Euro bei Ehepaaren.

Das Weiterbildungssparen ermöglicht, Sparguthaben wie beispielsweise aus einem Bausparvertrag schon vor dem Auszahlungstermin teilweise für Weiterbildungsmaßnahmen zu nutzen. So kann jeder auch Maßnahmen finanzieren, die über den Prämiegutschein hinaus gehen.

Das Weiterbildungsdarlehen ist die dritte Komponente der Bildungsprämie: Jeder, der eine aufwendige und kostenintensive Weiterbildung finanzieren möchte, kann ein Darlehen zu günstigen Konditionen erhalten.

Betriebliche Weiterbildung verbessert

Zusätzlich zu der individuellen Förderung hat die Bundesregierung im Rahmen der Konjunkturpakete I und II die Förderung von betrieblicher Weiterbildung ausgeweitet. Um den Firmen das Erhalten ihrer Arbeitsplätze zu erleichtern, wird länger Kurzarbeitergeld gezahlt und der Kreis der anspruchsberechtigten Unternehmen erweitert. Während der Kurzarbeit soll die Weiterbildung besonders gefördert werden: Die Bundesagentur für Arbeit übernimmt 2009 und 2010 bis zu 100 Prozent der Sozialbeiträge für Beschäftigte, die Kurzarbeitergeld beziehen. Dazu müssen sie während der Zeit ihrer Kurzarbeit an betrieblichen Weiterbildungsveranstaltungen teilnehmen.

Die Fördermittel für betriebliche Ausbildungsprogramme, die die Bundesagentur bereits zuvor bereitstellte, werden nun ausgeweitet. Bisher unterstützte sie vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei der Weiterbildung von älteren und minderqualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. 2009 und 2010 steht die Förderung allen Firmen zur Verfügung, unabhängig von Unternehmensgröße oder bestimmten Belegschaftsmerkmalen. So unterstützt die Bundesagentur die weiterbildenden Unternehmen dreifach.



Kontext

Grünes Licht für Verbesserungen beim Meister-BAföG
Die Bildungsprämie: Ein neues Instrument, drei Komponenten
Das Konjunkturpaket II der Bundesregierung

Fairer Anteil am Unternehmenserfolg

Die Beschäftigten sollen mehr und bessere Möglichkeiten erhalten, am wirtschaftlichen Erfolg ihres Unternehmens teilzuhaben. Das Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz bietet dazu sowohl für Unternehmen als auch für deren Mitarbeiter zahlreiche Vorteile. Mit stärkerer staatlicher Förderung unterstützt die Bundesregierung dieses Ziel.

Bisher sind lediglich in zwei Prozent der deutschen Unternehmen Mitarbeiter am Kapital und nur in neun Prozent am Gewinn beteiligt. Das ist im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich. Durch das Gesetz zum Ausbau der Mitarbeiterkapitalbeteiligung, das zum 1. April in Kraft getreten ist, ergeben sich neue Chancen – gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Die Krise gemeistert

Beim hessischen Unternehmen Meissner bedarf es zu diesem Thema keiner weiteren Überzeugungsarbeit. Die 1922 als Handwerksbetrieb gegründete Firma stand Mitte der neunziger Jahre kurz vor dem Aus. Weil sich kein geeigneter Investor finden ließ, entschlossen sich die 180 Mitarbeiter 1996, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und "ihre" Firma zu kaufen. "Jeder investierte damals zwischen 10.000 und 15.000 Deutsche Mark", erinnert sich Vorstandsmitglied Volker Bück. Die Mitarbeiterkapitalbeteiligung rettete die Modell- und Werkzeugbauer aus Biedenkopf-Wallau letztlich aus der Insolvenz.

Seither agiert das Unternehmen weltweit wieder äußerst erfolgreich. Namhafte Automobilhersteller und ihre Zulieferer beziehen Gießereiwerkzeuge und Kunststoff-Formwerkzeuge aus Wallau. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter profitieren vom Wachstum ihres Unternehmens. "So hat das Unternehmen seit seiner Neugründung über 100 weitere Arbeitsplätze geschaffen und seinen Mitarbeiteraktionären jedes Jahr eine Dividende zahlen können", erklärt Bück.

Zusammenhalt als Wettbewerbsvorteil

Der 44-Jährige ist von den Vorteilen der Mitarbeiterbeteiligung über den Weg des so genannten Investivlohns überzeugt. Die Beschäftigten würden sich stärker mit "ihrem" Unternehmen identifizieren und seien deutlich motivierter, seit sie an dessen wirtschaftlichen Erfolgen beteiligt seien. Die Meissner AG wiederum konnte so ihre Eigenkapitalbasis verbessern und zugleich qualifizierte Fachkräfte gewinnen und besser binden. "Gerade in schweren Zeiten hilft uns das enorme Zusammengehörigkeitsgefühl im Unternehmen. Wenn Mitarbeiter gleichzeitig Aktionäre sind, stellen sie sich schwierigen Situationen und tragen auch unangenehme Entscheidungen mit", erklärt Bück.

In der globalen Finanzkrise blickt der Automobilzulieferer daher zuversichtlicher in die Zukunft als viele Konkurrenten. Die Firma kann auf ausbleibende Aufträge beispielsweise durch gut gefüllte Zeitkonten flexibel reagieren. Bis zu 250 Überstunden hat jeder Mitarbeiteraktionär für Situationen gesammelt, in denen die Maschinen vorübergehend stillstehen. Eine Maßnahme, die von den Beschäftigten mitbestimmt wurde.

Dass Nöte und Sorgen der Belegschaft bei Meissner nicht zu kurz kommen, dafür sorgen die klaren

Mehrheitsverhältnisse. Rund 70 Prozent der Aktienanteile werden von den Mitarbeitern gehalten. Die restlichen 30 Prozent besitzt ein Großaktionär. Das soll auch künftig so bleiben. "Fast jeder Mitarbeiter hält Aktien", verkündet Bück stolz. Nur unter den Jüngeren fehle manchmal noch das Geld. Doch auch diese Kollegen will die Unternehmensführung mit gezielter Förderung an die Mitarbeiterbeteiligung heranführen. So können auch sie künftig von den Vorteilen einer solchen Kooperation profitieren.

Neuerungen machen Beteiligung attraktiver

Die Neuerungen der Bundesregierung helfen dabei. Rückwirkend zum 1. Januar 2009 gilt:

- Die Arbeitnehmer-Sparzulage für Beteiligungen über den Weg der vermögenswirksamen Leistungen steigt auf 20 Prozent (bisher 18 Prozent). Außerdem werden die Einkommensgrenzen hierbei für Ledige von 17.900 auf 20.000 Euro und für Verheiratete von 35.800 auf 40.000 Euro erhöht.
- Die betriebliche Mitarbeiterkapitalbeteiligung wird gestärkt. Der steuer- und sozialversicherungsfreie Höchstbetrag für direkte Beteiligungen an der Firma steigt auf 360 Euro. Bisher lag dieser Freibetrag bei 135 Euro.
- Zusätzlich zur direkten Beteiligung fördert die Bundesregierung auch neue Mitarbeiterbeteiligungsfonds – zum Beispiel für einzelne Branchen. Damit wird insbesondere Beschäftigten kleiner und mittlerer Unternehmen ermöglicht, Beteiligungskapital anzulegen.

Bei diesen von privaten Fondsgesellschaften geführten Fonds muss ein Rückfluss in die beteiligten Unternehmen in Höhe von 60 Prozent garantiert werden. Die Fonds werden von professionellen und lizenzierten Fondsmanagern verwaltet und stehen unter der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen.

Vermögensbeteiligung beim Arbeitgeber

Die Beteiligung von Mitarbeitern am Kapital ihres Unternehmens wird künftig stärker steuerlich gefördert. Für kleine und mittlere Unternehmen gibt es Fonds-Lösungen. Und auch die Förderung über die vermögenswirksamen Leistungen wird verbessert. Beschäftigte werde so besser am Kapital und am Gewinn ihrer Firma beteiligt.

Mit Fondsbeteiligung Risiko minimieren

Diese Maßnahmen dürften eine Beteiligung am eigenen Unternehmen für viele Arbeitnehmer attraktiver machen. Die Bundesregierung erwartet, dass sich die Anzahl der direkten oder indirekten Mitarbeiterbeteiligungen deutschlandweit auf drei Millionen erhöht. Bisher nutzen erst gut zwei Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in 3.750 Unternehmen den Investivlohn. 1,42 Millionen Beschäftigte in 620 Unternehmen beteiligen sich über Belegschaftsaktien.

Natürlich birgt die traditionelle Kapitalbeteiligung auch Risiken. Im Falle einer Insolvenz droht Mitarbeiteraktionären doppelter Verlust. Sie riskieren neben ihrem Arbeitsplatz auch ihr in den Betrieb investiertes Vermögen. Dessen ist man sich auch bei Meissner bewusst. "Wir empfehlen unseren Mitarbeitern, nur so viele Anteile zu halten, wie sie im schlimmsten Fall verkraften können",

sagt Bück.

Dieses Problem greift die Bundesregierung mit ihrer Neuregelung bewusst auf. Das Gesetz schafft neben der klassischen Anlage im eigenen Unternehmen zusätzlich die Möglichkeit für die Beschäftigten, in neue Mitarbeiterbeteiligungsfonds zu investieren. Die Höhe der steuerlichen Förderung unterscheidet sich nicht von den direkten Vermögensbeteiligungen. Im Falle einer Unternehmenspleite wären deren Kapitalanlagen jedoch durch den Fonds geschützt.

Geförderte Mitarbeiterkapitalbeteiligung

Die Beteiligung von Mitarbeitern am Kapital ihres Unternehmens wird künftig stärker steuerlich gefördert. Für kleine und mittlere Unternehmen gibt es Fonds-Lösungen. Und auch die Förderung über die vermögenswirksamen Leistungen wird verbessert. Beschäftigte werden so besser am Kapital und am Gewinn ihrer Firma beteiligt

Keine Konkurrenz für private oder betriebliche Altersvorsorge

Für alle Neuregelungen gilt das Prinzip der Freiwilligkeit. Es darf also weder für die Unternehmer noch für die Beschäftigten einen Zwang zur Teilnahme an Mitarbeiterbeteiligungen geben. Diese sollten darüber hinaus auch in keinem Fall in Konkurrenz zur betrieblichen oder privaten Altersvorsorge treten. Vielmehr soll ausdrücklich der zusätzliche Vermögensaufbau der Arbeitnehmer gefördert werden.

Die Bundesregierung legt großen Wert auf die Gleichbehandlung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Daher gewährt sie die neue Förderung nur dann, wenn das Angebot zur Mitarbeiterbeteiligung allen Angestellten gleichermaßen offen steht. Davon ausgenommen sind Beschäftigte, die weniger als ein Jahr im Unternehmen tätig sind. Und die Förderung für bereits bestehende Mitarbeiterbeteiligungsmodelle genießt bis einschließlich 2015 Bestandsschutz.



Kontext

Die neue Mitarbeiterkapitalbeteiligung im Detail
Mitarbeiterkapitalbeteiligungen – Neue Wege zur verbesserten Teilhabe

Impulse für Rückkehr ins Berufsleben

"Mein Kantinenbetrieb ist ein kleines, sensibles Universum", sagt Holger Eickhoff. Der Arbeitsplatz des 49-jährigen Kantinenpächters liegt aber nicht irgendwo im All, sondern mitten in Hamburg, im sechsten Stock der größten Arbeitsagentur Deutschlands. "Casino Impuls" heißt die modern eingerichtete Kantine, die er seit zehn Jahre leitet. Neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Arbeitsagentur Hamburg essen dort regelmäßig auch Beschäftigte anderer Unternehmen. Das Besondere: In der Kantine arbeiten auch Menschen mit psychischen und psychosomatischen Erkrankungen und bekommen so eine neue Chance auf dem Arbeitsmarkt. Und: Die Kantinebesucher sollen nichts von dieser integrativen Rehabilitationsarbeit bemerken und tun dies auch nicht.

Berufliche Rehabilitation für Menschen mit psychischen Erkrankungen

Insgesamt 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bei "Casino Impuls" beschäftigt. Vier von ihnen nehmen dabei das Angebot zur beruflichen Rehabilitation für Menschen mit psychischen oder psychosomatischen Erkrankungen wahr. Sie wollen wieder arbeiten und erhalten gezielte Unterstützung. Die persönlichen Herausforderungen für die Rehabilitanden sind groß, denn sie sind ein wichtiges Bindeglied im Produktionsablauf. Alles muss funktionieren. "Schließlich geben wir täglich zwischen 350 und 500 schmackhafte Gerichte aus", so Eickhoff. Er fühlt sich besonders für diese vier verantwortlich. Unterstützung findet er durch eine psychosoziale Fachkraft der Bergedorfer Impuls gGmbH. Deren spezielle Betreuung sorgt ergänzend für Stabilität der Rehabilitanden.

Einer von ihnen ist Herr N., 32 Jahre alt. Seit vier Monaten arbeitet er in der Kantine. "Die Arbeit macht mir Spaß, ich fühle mich angenommen und habe täglich wichtige Aufgaben zu erfüllen", sagt N. sichtlich stolz. Motiviert und mit täglich wachsendem Selbstvertrauen erfüllt er zuverlässig seine Arbeit.

Wechselnde Arbeitsbereiche und Aufgaben

Die berufliche Rehabilitation dauert in der Regel zehn bis zwölf Monate. Sie läuft dabei nach einem festen Einarbeitungsplan ab, der auf die Belange der Betroffenen abgestimmt ist. Die verschiedenen Stationen des Kantinenbetriebes sind auch für die vier täglich Brot: Kochen und Zubereiten der Speisen, Ausgeben des Essens, Kassieren an der elektronischen Kasse, Reinigen des Geschirrs und Organisieren des Lebensmittelnachschubs.

Diese praktischen Aufgaben begleiten zwei Köche fachlich. Daneben gibt es für die Rehabilitanden sozialpädagogische Betreuung und unterstützende Angebote zur Stressbewältigung, Konfliktberatungen und Bewerbungstraining.

Klares Ziel: Integration in den ersten Arbeitsmarkt

Die qualifizierte Einarbeitung und Eingliederung öffnet Eickhoffs Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

die Chance auf Tätigkeiten in der Gastronomie oder anderen Betriebskantinen. Sie verfügen über fachliche Kenntnisse und sind persönlich stabilisiert, wenn sie die Rehabilitation absolviert haben. Integration in den ersten Arbeitsmarkt in Hamburg – das ist das Ziel des Bergedorfer Impulses.

Nicht selten blutet Eickhoff das Herz, wenn die Rehabilitanden ihre Eingliederung erfolgreich absolvieren konnten. Denn dann heißt es Abschied nehmen "Sie haben dann mit persönlichem Engagement und Kraft bewiesen, dass sie eine schwierige Phase ihres Lebens individuell meistern konnten" sagt der Kantinenchef. Danach heißt es Daumen drücken für den weiteren beruflichen Weg.

Strategisch guter und sinnvoller Ansatz

Eickhoffs "Universum" unterm Dach der Hamburger Arbeitsagentur stehe stellvertretend für viele Integrationsmodelle in der Hansestadt, stellt Agenturchef Rolf Steil fest. Steil freut sich persönlich über das reichhaltige und leckere Kantinen-Angebot. Sein besonderer Blick richtet sich aber auf die Integrationsarbeit des Bergedorfer Impulses. Das Projekt sei ein gutes Beispiel dafür, dass keine Anstrengungen gescheut werden, um Menschen mit Behinderungen aktiv zu unterstützen. Mit über 42 Millionen Euro hilft die Arbeitsagentur Hamburg 220 Rehabilitanden mit fachlicher Qualifizierung und praktischen Eingliederungsangeboten.



Kontext

Mehr Informationen der Bundesagentur für Arbeit für Rehabilitanden

Mitarbeiter mit Kopf, Herz und Geld beteiligen

Die SMA Solar Technology AG zählt zu Deutschlands Vorzeigeunternehmen. Vor allem auch durch ihr vorbildliches Personalmanagement machen die Spezialisten für Solartechnik aus Niestetal bei Kassel von sich reden. Kürzlich wurde das Unternehmen vom Great Place to Work Institute erneut zu einem der besten Arbeitgeber Deutschlands gekürt und erhielt im Bundesministerium für Arbeit und Soziales zusätzlich einen Sonderpreis für ihr Konzept "Lebenslanges Lernen".

Günther Cramer gründete vor 28 Jahren gemeinsam mit seinen beiden Studienkollegen Reiner Wettlaufer und Peter Drews das Unternehmen SMA in Kassel. Er hätte es sich nicht träumen lassen, dass bei SMA einmal mehr als 30 Beschäftigte arbeiten würden. Heute blickt der 56-jährige Diplomingenieur von einem verglasten Besprechungsraum auf ein international prosperierendes Unternehmen mit mehr als 2.500 Mitarbeitern. Die meisten von ihnen arbeiten am Produktionsstandort Niestetal in der Nähe von Kassel. Er ist der erste von heute insgesamt acht internationalen Niederlassungen auf vier Kontinenten. Das Unternehmen ist auf die Herstellung von Solar-Wechselrichtern spezialisiert, die den von Solar-Modulen erzeugten Gleichstrom in netzkonformen Wechselstrom umwandeln.

Motivation ist entscheidend

Die Motivation der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war für das rasante Wachstum des Unternehmens von entscheidender Bedeutung. Daran wird Cramer stets erinnert, wenn er die eindrucksvollen Bilanzen seiner Firma in den vergangenen Jahren betrachtet: Die Solarspezialisten erreichten 2006 knapp 200 Millionen Euro Umsatz bei einer verkauften Wechselrichterleistung von 450 Megawatt. 2008 konnte die Produktion auf 2,2 Gigawatt und der Umsatz auf einen neuen Rekordwert von rund 680 Millionen Euro mehr als verdreifacht werden. Momentan bezieht das Unternehmen eine neue 18.500 Quadratmeter große Fertigungshalle, die eine Produktion von bis zu 4 Gigawatt pro Jahr (rund 500.000 Wechselrichter) ermöglichen soll.

Für diese Leistungssteigerung mussten die Beschäftigten mitunter bis an die Belastungsgrenzen gehen. Mehrarbeit ist bei SMA kein Fremdwort. Trotz allem gelang es dem Unternehmen durch geschicktes Personalmanagement, die Motivation der Beschäftigten stets aufrechtzuerhalten. Das belegen nicht nur die freundlichen Gesichter, die einem beim Rundgang durch die Fertigungshallen begegnen, sondern auch das Gütesiegel des Great Place to Work Instituts. Dieses kürte SMA jüngst erneut zu einem der besten Arbeitgeber Deutschlands und vergab einen Sonderpreis für das Firmenkonzept "Lebenslanges Lernen".

Deutschlands beste Arbeitgeber werden jährlich vom Great Place to Work Institute ermittelt.

Diese Auszeichnung würdigt Glaubwürdigkeit und Fairness des Managements im Umgang mit den Beschäftigten. Wichtig sind ferner Identifikation der Mitarbeiter mit ihrem Unternehmen und Teamgeist. Bewertet werden einerseits die Personalarbeit des Arbeitgebers. Andererseits beurteilt das Institut auch mittels anonymer Mitarbeiterbefragung die Qualität der Zusammenarbeit sowie die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten oder die Zufriedenheit am Arbeitsplatz. Auf Grundlage der nationalen "Beste Arbeitgeber"-Wettbewerbe in Europa koordiniert das Great Place to Work Institute Europe einen jährlichen Wettbewerb zur Ermittlung der "100 besten Arbeitgeber in Europa".

Lebenslanges Lernen

"Besonders positiv am Weiterbildungskonzept von SMA ist zu vermerken, dass man im Unternehmen großen Wert auf die Weiterbildung spezieller Berufsgruppen, besonders für Geringqualifizierte und ältere Mitarbeiter, legt", begründet das Institut die Verleihung des Sonderpreises. Weiterbildung ist bei SMA in allen Abteilungen ein wichtiges Thema. Die Ingenieure beispielsweise drücken regelmäßig die Schulbank, um sich über neueste Entwicklungen im Technologiesektor zu informieren. Das Unternehmen arbeitet dabei eng mit der Wissenschaft, beispielsweise mit der Universität Kassel, zusammen.

Doch mit Weiterbildungsmaßnahmen endet die kooperative Unternehmensführung bei SMA nicht. "Unsere Mitarbeiter sollen Spaß an der Arbeit haben und sich mit dem Unternehmen identifizieren", erklärt Firmengründer Cramer. Er legt großen Wert darauf, dass die Mitarbeiter das Unternehmenswachstum in allen Bereichen aktiv mitgestalten und auch die Chefs direkt ansprechen.

Mit Ideendemokratie zur Marktführerschaft

Engagement und Kreativität sind bei den Niestetalern gefragt und werden entsprechend honoriert. "Wir beteiligen unsere Mitarbeiter mit dem Kopf, mit ihrem Herzen, aber auch mit ihrem Portemonnaie", erläutert Günther Cramer die Firmenphilosophie. Dabei verweist er auf die Gewinnbeteiligung und ein Mitarbeiteraktienprogramm. Er ist überzeugt davon, dass diese enge Art der Einbeziehung von Mitarbeitern entscheidend für den Unternehmenserfolg ist. Vor allem im Bereich Entwicklung trage ein ausgeprägtes Innovationsmanagement wesentlich dazu bei, dass SMA seit Jahren die technologische Marktführerschaft auf dem Gebiet Solarwechselrichter für sich beanspruchen könne.

"Wir bringen pro Jahr durchschnittlich sechs neue Produkte heraus", sagt Cramer stolz. Einen entscheidenden Beitrag des Jahresumsatzes investiert das Unternehmen in deren Entwicklung. Mit Erfolg. Oft sitzt der Diplomingenieur Cramer persönlich dabei, wenn die immer kostengünstigeren und leistungsfähigeren "Sunny Boys" – so der Name der Wechselrichter – entwickelt werden. Die Fortschritte der vergangenen Jahre sind beachtlich: Während 1990 im Durchschnitt noch ein Euro pro Watt Leistung gezahlt werden musste, waren es laut SMA 2007 etwa 0,35 Euro pro Watt. Auch der Wirkungsgrad konnte von ursprünglich 90 auf 98 Prozent gesteigert werden.

Soziales Engagement in Afrika

"Die Preisträger zeigen eindrucksvoll, dass sich eine gute Führung, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Unterstützung und Wertschätzung entgegenbringt, auch wirtschaftlich auszahlt." Dies sagte Bundesarbeits- und Sozialminister Olaf Scholz bei der feierlichen Verleihung der Urkunden an die besten Arbeitgeber Deutschlands am 13. Februar 2009 in Berlin.

Soziales Engagement geht bei SMA jedoch auch über das Werkstor hinaus. Weltweit unterstützt das Unternehmen gezielt die Aufbauarbeit in Krisen- und Entwicklungsländern mit moderner Solartechnik. So auch in Uganda, wo die Niestetaler Ende 2008 Technik für ein HIV/Aids-Zentrum stifteten, das zuvor nur zwei Stunden pro Tag Strom hatte. Mittlerweile versorgt eine Photovoltaik-

Inselanlage mit einem Batteriespeicher das Zentrum rund um die Uhr mit Elektrizität.

Erfolgreiche Unternehmensstrukturen müssen mitwachsen

Auch in Zukunft will SMA auf eine kooperative Unternehmensführung setzen. "Keine leichte Aufgabe", betont Cramer. Die besondere Herausforderung liege darin, die erfolgreichen Unternehmensstrukturen, wie die offene Arbeitsatmosphäre und enge Zusammenarbeit der Abteilungen, mitwachsen zu lassen. Bisher scheint dies bei SMA ganz gut gelungen zu sein. Die Niestetaler räumten für ihre moderne Unternehmenskultur kürzlich immerhin auch den Deutschen Fairness-Preis ab.



Kontext

Wettbewerb "Deutschlands beste Arbeitgeber"

Zu viel Sonne ist ungesund

Winter adé - der Frühling kehrt zurück, und die Sonne scheint wieder länger und intensiver. Damit steigt auch die Gefahr hautschädigender UV-Strahlen. Nicht nur von der natürlichen Sonne geht eine große Gefahr für die Gesundheit der Haut aus. Auch die künstliche Sonne im Solarium kann zu folgenschweren Hautschäden führen. Besonders für Minderjährige, die regelmäßig ins Sonnenstudio gehen, erhöht die künstliche UV-Strahlung das Risiko einer Hautkrebserkrankung erheblich. Laut Professor Eggert Stockfleth, Leiter der European Skin Cancer Foundation (ESCF) und des Charité-Hauttumorcentrums, besucht jeder zweite 14-Jährige einmal pro Woche die Sonnenbank.

Solariumverbot für Jugendliche

Dass immer mehr junge Leute ins Sonnenstudio gehen ist besorgniserregend. Deshalb hat die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf zur Regelung des Schutzes vor nichtionisierender Strahlung beschlossen. Darin ist auch ein Solariumverbot für Minderjährige verankert. "Ein solches Solariumverbot ist längst überfällig", sagt die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium Marion Caspers-Merk. Das Gesetz soll noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten. Auch Erwachsene sollen durch Grenzwerte für die UV-Strahlung geschützt werden. Bis das Gesetz gilt, empfehlen das Bundesumweltministerium und die Krebshilfe, nur Studios mit dem Qualitätssiegel "Geprüftes Sonnenstudio" zu nutzen.

Ein "Geprüftes Sonnenstudio" ist nach den Kriterien des Bundesamts für Strahlenschutz ausgezeichnet. Zu den Kriterien gehören definierte Gerätestandards mit begrenzter UV-Bestrahlung, Prüfungs- und Hygienevorschriften.

Prävention beginnt schon im Kindesalter

Besonders Kinder müssen vor der Sonne geschützt werden. Ihre Haut ist sehr empfindlich und verfügt nicht über die natürlichen Mechanismen, die sie vor UV-Strahlen schützen. Anders als das menschliche Gehirn, vergisst die Haut aber nichts: Vor allem Sonnenbrände im Kindesalter schädigen die Stammzellen der Haut derart, dass noch nach Jahrzehnten bösartige Tumore auftreten können. "Kinder sollten schon früh lernen, sich vor übermäßigen Sonnenstrahlen zu schützen", so Marion Caspers-Merk.

Wie lange darf ich in die Sonne?

Die Eigenschutzzeit der Haut ist die Zeit, in der die Haut innerhalb von 24 Stunden der Sonne ungeschützt ausgesetzt werden kann, ohne dass es zu lichtbedingten Hautschäden kommt. Ihre Eigenschutzzeit können Sie der nachfolgenden Tabelle entnehmen. Grundsätzlich werden 4 Hauttypen unterschieden. Besonders empfindlich und schützenswert ist die Haut von Kleinkindern und Säuglingen.

Quelle: dpa-Themendienst / Deutsche Krebshilfe

Sonnenschutzprojekt soll Kinder vor Hautkrebs schützen

Das Pilotprojekt "SunPass - Gesunder Sonnenspaß für Kids" des Hauttumorcentrums der Berliner Charité und der European Skin Cancer Foundation schützt Kinder vor gesundheitsschädlichen Sonnenstrahlen. Kindergärten, die die Sonnenschutzvereinbarungen einhalten, werden mit dem SunPass zu Sonnenschutzkindergärten zertifiziert. "Die Aktion 'Sonnenschutzkindergarten' sehen wir als Maßnahme zur gezielten Aufklärung der Bevölkerung und Verbesserung der Präventionsmaßnahmen für unsere Kinder", erläutert Stockfleth. Der Berliner INA.KINDER.GARTEN ist der erste Kindergarten, der für seine Beteiligung an Sonnenschutzmaßnahmen zur Hautkrebsprävention bei Kindern ausgezeichnet wurde.

Kindergärten müssen Anforderungen genügen

"Sonnenschutzkindergarten" kann eine Kita werden, wenn eine Präventionsschulung der Kinder und Erzieher/innen erfolgt und die Eltern aufgeklärt werden. Angemessene Kleidung wie Kopf- und Nackenbedeckungen sowie rechtzeitiges Auftragen spezieller Sonnencremes sind Bedingungen, die ein Sonnenschutzkindergarten erfüllen muss. Ausgezeichnete Kindergärten werden regelmäßig auf die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen überprüft, um die Qualität des Sonnenschutzes auch künftig zu sichern.

Derzeit handelt es sich beim "SunPass" noch um ein Pilotprojekt. Künftig sollen nicht nur in Berlin zertifiziert, sondern europaweit evaluiert werden.

Effektiver Sonnenschutz

Die European Skin Cancer Foundation hat einen Maßnahmenkatalog zum effektiven Sonnenschutz für Kinder erstellt. Demnach ist das Tragen einer ausreichend vor der Sonne schützenden Kopfbedeckung unerlässlich, auch die Kleidung soll so viel Haut wie möglich verdecken. Die Sonnencreme sollte wasserfest und lang anhaltend sein (LSF+30, UVB und UVA-Filter). Beim Eincremen ist besonders auf die sensiblen Stellen wie zum Beispiel Lippen, Ohren, Nase zu achten. Während der stärksten Sonneneinstrahlung zwischen 11 und 15 Uhr sollte die Sonne komplett gemieden werden. Hautspezialisten geben den Rat, sich nur in Maßen zu sonnen und künstliche Strahlung ganz zu vermeiden.

Hautkrebs häufigste Krebsart in Deutschland

Neben der Prävention vor Hautkrebs soll mit Projekten wie dem "SunPass - Gesunder Sonnenspaß für Kids" auch das Bewusstsein in der Öffentlichkeit geschärft werden.

Dass Hautkrebsprävention ein ernstzunehmendes Problem ist, zeigt ein Blick in die Statistik: Hautkrebs ist die häufigste Krebserkrankung in der Bundesrepublik. Jedes Jahr erkranken zwischen 7 und 10 Prozent mehr Deutsche an dieser Krebsart. Die Neuerkrankungsrate für den besonders gefährlichen schwarzen Hautkrebs (malignes Melanom) hat sich in den letzten 20 Jahren verdreifacht. Rechtzeitig erkannt und behandelt, sind Hautkrebserkrankungen in den meisten Fällen heilbar. Gesetzlich versicherte Frauen und Männer ab 35 Jahren haben Anspruch auf zweijährliches Hautkrebs- Screening.

Zentrales Krebsregister

Um die Datenerhebung zu verbessern wird noch in dieser Legislaturperiode ein nationales Krebsregister eingerichtet. Damit sollen fundierte Analysen und Vergleiche über das Auftreten und die Häufigkeit von Krebs ermöglicht werden. Das Nationale Krebsregister ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Krebs. Auf Basis der damit gewonnenen Erkenntnisse können Prävention, Früherkennung und Therapie verbessert werden.



Kontext

Gefahren für die Haut vermeiden, Magazin für Verbraucher 02/2009, Nr. 006
Tipps der European Skin Cancer Foundation zur Erkennung von Hautkrebs (engl.)
Bundesamt für Strahlenschutz: Prüfkriterien für Solarien

Impfen ist wirksame Vorbeugung

Leider gibt es Eltern, die ihre Kinder nicht gegen Krankheiten impfen lassen, denen mit einer Impfung vorgebeugt werden kann. "Wir müssen die Impfmüdigkeit in der Bevölkerung stoppen, um einen bestmöglichen Schutz vor Infektionskrankheiten zu gewährleisten", forderte Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt anlässlich der 1. Nationalen Impfkonzferenz in Mainz vom 5.-7. März.

Masern treten verstärkt auf

Fachleute warnen vor einer Verharmlosung von Kinderkrankheiten. Dass viele gefährliche Infektionskrankheiten heute nahezu unbekannt sind, ist Folge der Impfungen selber. Ihnen ist es nämlich zu verdanken, dass Krankheiten wie Kinderlähmung oder Diphtherie heute kaum noch existieren. Jüngste Meldungen zeigen, dass man Kinderkrankheiten nicht unterschätzen sollte. Allein die Gesundheitsbehörde in Hamburg hat in den ersten zwei Monaten dieses Jahres 100 Masern-Fälle registriert.

Wie gefährlich Masern werden können, zeigte sich schon im Jahr 2006. Nach Angaben des Robert Koch-Instituts gab es rund 2.300 Masernfälle in Deutschland, die meisten davon in Nordrhein-Westfalen. Sie führten zu sieben Gehirnentzündungen, einer Hirnhautentzündung, 45 Mittelohrentzündungen, 51 Lungenentzündungen und zwei Todesfällen. Durchschnittlich verläuft die Krankheit für ein bis zwei je 1.000 an Masern erkrankte Kinder tödlich. "Ein Kind nicht impfen zu lassen ist unvermeidbar", sagt Fred Zepp, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin.

Ein umfassender Schutz vor Masern ist laut Experten sichergestellt, wenn 95 Prozent der Kinder zweimal geimpft sind. Mit derzeit nur 87 Prozent bei der Zweitimpfung ist dieses Ziel in Deutschland noch nicht erreicht.

Masern gehen um

Typische Symptome der Masern sind neben Hautausschlag auch Fieber, Husten, Schnupfen und Entzündungen der Schleimhäute. Viel gefährlicher an der Krankheit ist nach Angaben des Robert Koch-Instituts aber die Schwächung des Immunsystems, die etwa sechs Wochen nach einer Infektion mit dem Masern-Virus andauern kann.

Quelle: RKI, Stand Anfang 2009

Deutschland hat sich gemeinsam mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) das Ziel gesetzt, Masern auszurotten.

Aber nicht nur bei Masern gebe es deutliche Impflücken, auch bei Impfungen gegen Tetanus, Diphtherie, Keuchhusten und Hepatitis B, so die Bundesgesundheitsministerin.

Gefahr durch Zecken

Wenn es wärmer wird, sind auch Zecken wieder aktiv. Sie können bei einem Biss schwere Erkrankungen übertragen. Zum einen ist das Borreliose. Diese Krankheit kann zu erheblichen chronischen Schäden führen. Zeckenbisse können aber auch die sogenannte FSME auslösen, eine schwere Erkrankung des Nervensystems, die tödlich enden kann. Wegen der schweren Folgen raten Experten dazu, sich vorbeugend gegen FSME impfen zu lassen. Einen vorbeugenden Impfstoff für Borreliose gibt es noch nicht.

Gefahr durch Zecken in Europa

Nicht überall sind Zecken mit FSME-Viren infiziert, sondern nur in bestimmten Regionen. In Deutschland ist vor allem der Süden betroffen aber auch im übrigen Europa sind die Zecken auf dem Vormarsch.

Quelle: Globus

Die Vorteile überwiegen!

Die Gründe, warum manche Eltern ihre Kinder nicht impfen lassen, sind unterschiedlich. Manche sind nicht ausreichend über die Möglichkeiten des Impfschutzes informiert, manche sind einfach nachlässig. Andere verzichten aus weltanschaulichen Gründen auf notwendige Schutzimpfungen.

Skeptische Mütter und Väter sollten wissen: Alle wissenschaftlich ernst zu nehmenden Fachgremien, angeführt von der Weltgesundheitsorganisation, plädieren heute für Impfungen. Zwar kann es in sehr wenigen Fällen manchmal zu Nebenwirkungen kommen. Doch verglichen mit der Bedrohung durch die Infektionskrankheit, die mit der Impfung abgewehrt werden soll, ist diese Gefahr ungleich geringer. Die meisten Impfungen sind ohnehin fast frei von Risiken.

Auch werden die Kosten für die Solidargemeinschaft durch Impfungen gesenkt. Nach Angaben des Robert Koch-Instituts senkt beispielsweise die heutige Impfung gegen Keuchhusten die Behandlungskosten bundesweit um mehr als 200 Millionen Euro pro Jahr.

Schutz vor vielen Erkrankungen

Die Bundesregierung hat die Voraussetzungen verbessert, die Durchimpfungsrate in Deutschland zu erhöhen. Seit der Gesundheitsreform 2007 zählen alle medizinisch gebotenen Schutzimpfungen zu Pflichtleistungen der gesetzlichen Krankenkassen. Das heißt, dass Schutzimpfungen für Patienten kostenlos sind, da die Kassen die Kosten tragen. Es ist erfreulich, dass die angebotenen Impfungen seitdem verstärkt in Anspruch genommen werden. In Deutschland können Patienten derzeit gegen 22 Erkrankungen durch eine Impfung geschützt werden. Welche Impfungen das sind, ist im Impfkalender festgelegt.

Erfolgsgeschichte Schutzimpfungen

Die spektakulärsten Erfolge hat die Medizin nicht mit Medikamenten erzielt, die bereits bestehende Krankheiten bekämpfen, sondern mit Mitteln, die Krankheiten von vornherein verhindern: mit Impfungen. Sie haben unzählige Menschen vor Infektionskrankheiten geschützt. Impfungen zählen deshalb zu den wirksamsten und kostengünstigsten vorbeugenden Maßnahmen der modernen Medizin.

Beispiel Pocken

Die erste Infektionskrankheit, die durch Impfungen bekämpft wurde, waren die Pocken. Die Impfung war so erfolgreich, dass die WHO diese Krankheit 1980 für ausgerottet erklärt hat. Eine Impfung gegen Pocken ist deshalb nicht mehr nötig.

Beispiel Polio

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel für den Nutzen von Impfungen ist die Kinderlähmung (kurz: Polio). Die drei Typen des Poliovirus greifen die Nerven an. Sie können Lähmungen auslösen, vor allem an den Beinen. Besonders gefürchtet waren Lähmungen der Atemmuskulatur: Die Betroffenen konnten oft nur mit Hilfe von künstlicher Beatmung weiterleben.

Noch 1961, im ersten Jahr nach Beginn der Impfkampagnen, gab es in der damaligen Bundesrepublik 4.673 Polio-Fälle. 305 Kinder starben an der Krankheit, 800 behielten lebenslange Behinderungen. Damals kannte nahezu jedes Kind andere, an Polio erkrankte Kinder. Wegen der großen Ansteckungsgefahr mussten immer wieder vorübergehend Schulen geschlossen werden. Die Gesundheitsbehörden warnten vor dem Baden in Baggerseen und Flüssen.

Es gibt kein "Impfzuckerl" mehr

Dann kamen die Impfungen. Zuerst mit der Spritze, dann mit der Schluckimpfung und seit gut zehn Jahren wieder mit der Spritze. Der Erfolg war überwältigend: Dank Schluckimpfung traten in Deutschland seit 1990 keine Polio-Fälle durch das Wildvirus mehr auf. Das "Impfzuckerl" enthielt jedoch abgeschwächte Lebendviren, die jedes Jahr in ein bis zwei Fällen zu einer "Impf-Polio" geführt haben. Deshalb verwendet man heute einen anderen Impfstoff, der gespritzt wird. Bei der Injektionsimpfung mit dem Totimpfstoff besteht kein Risiko mehr für eine "Impf-Polio".



Kontext

1. Nationale Impfkonzferenz befasst sich mit Impfschutz

Schutzimpfungen – 20 Einwände und Antworten von Fachleuten des Robert Koch-Instituts und des Paul-Ehrlich-Instituts

Kinder und Jugendsurvey des Robert Koch-Instituts zu Durchimpfungsraten bei Jugendlichen in Deutschland

Impfungen - der Königsweg der Vorbeugung, Magazin für Soziales, Familie und Bildung 07/2008, Nr. 065

Lesetipps für näher Interessierte:

Themenheft "Schutzimpfungen" der Gesundheitsberichterstattung des Bundes

Themenheft des Bundesgesundheitsblattes, Band 47, Heft 12, Dezember 2004

Aktuelles

- ▶ Arzneimittel mit Johanniskraut und Paracetamol seit dem 1. April 2009 rezeptpflichtig [↗](#)
 - ▶ Umweltprämie - Jeder Antrag wird bearbeitet [↗](#)
 - ▶ Neue Kampagne zur Aids-Prävention [↗](#)
 - ▶ Kampagne zur Prävention von Spielsucht gestartet [↗](#)
-

Lesetipps

- ▶ Studienjahr 2008: Noch nie gab es so viele Studienanfänger [↗](#)
 - ▶ Mehr Flexibilität für den BMBF-Bildungskredit [↗](#)
 - ▶ Europäischer Gerichtshof bestätigt deutsches Unfallversicherungssystem [↗](#)
-

Impressum

Das "**Magazin für Soziales, Familie und Bildung**" ist als digitales Werk Teil des Internetangebots der Bundesregierung. Es wird herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 11044 Berlin. Dieses Magazin erscheint monatlich im Wechsel mit anderen Themenmagazinen.

Verantwortlich: Claus Zemke

Redaktionsleitung: Ilse Breidenstein, Uwe Münchow

Layout und Redaktion: Jennifer Biller, Angelika Domnick

Bildagentur: verantwortlich Ulrich Weichert

Fotoredaktion: Silke Hinkelmann, Christian Stutterheim

Fotografen: Julia Faßbender, Sandra Steins, Bernd Kühler, Guido Bergmann

Telefon: 030 18 272 - 3249, **Fax:** 030 18 272 - 4138

Abonnement

Abonnieren Sie die weiteren Themenmagazine

"Magazin zur Entwicklungspolitik",

"Magazin für Soziales, Familie und Bildung",

"Magazin zur Europapolitik",

"Magazin für Wirtschaft und Finanzen"

"Magazin für Infrastruktur und neue Länder" und

"scheckker - das jugend-magazin"

schnell, bequem und kostenlos unter der **Anmeldeseite "Abonnement der Magazine"**.

Copyright für Bilder, soweit nicht anders vermerkt:

REGIERUNGonline, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung,
11044 Berlin.

Bildnachweis für Word-Bildmarke: picture-alliance / KPA

Realisiert werden die Magazine im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung von der **init[Aktiengesellschaft für digitale Kommunikation**.

- Zitierung unter Angabe der Quelle "Magazin für Soziales, Familie und Bildung" frei.

Nachdruck nur mit Erlaubnis des Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

- Durch die Digitalisierung von Daten können Fehler auftreten. Beim

Einsatz unterschiedlicher Browser für das World Wide Web und aufgrund unterschiedlicher Software-Einstellungen kann es bei der Darstellung der Daten zu Abweichungen kommen.

